LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN
8. Wahlperiode

Enquete-Kommission
„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

Kommissionsdrucksache
8/205
14. Oktober 2025

INHALT:

Stellungnahme

Noa K. Ha

Wissenschaftliche Geschäftsführerin des DeZIM-Instituts

zum Thema

„Auswirkungen von Migration und Flucht auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen“

PE 1
14. Okt. 2025
295,

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung e.V. (DeZIM)
Mauerstraße 76 | 10117 Berlin
www.dezim-institut.de
+49+49-30-200754-0
info@dezim-institut.de

Betreff	Stellungnahme: „Auswirkungen von Migration und Flucht auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen“
Thema	Enquete Kommission: „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“
Datum	26. September 2025, 11:00 bis 13:00 Uhr
Ort	Schwerin
Vorsitz	Christian Winter (MdL)
Anwesend DeZIM	Noa K. Ha, Wissenschaftliche Geschäftsführerin des DeZIM-Instituts

Kontakt

Dr. Noa K. Ha

E-Mail: ha@dezim-institut.de

Über das DeZIM-Institut

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikten, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Das DeZIM-Institut hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. In der DeZIM-Forschungsgemeinschaft verbindet sich das DeZIM-Institut mit sieben anderen Einrichtungen, die in Deutschland zu Migration und Integration forschen. Das DeZIM wird durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert.

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung e.V. (DeZIM)
Mauerstraße 76 | 10117 Berlin
www.dezim-institut.de
+49+49-30-200754-0
info@dezim-institut.de

Betreff	Stellungnahme: „Auswirkungen von Migration und Flucht auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen“
Thema	Enquete Kommission: „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“
Datum	26. September 2025, 11:00 bis 13:00 Uhr
Ort	Schwerin
Vorsitz	Christian Winter (MdL)
Anwesend DeZIM	Noa K. Ha, Wissenschaftliche Geschäftsführerin des DeZIM-Instituts

Kontakt

Dr. Noa K. Ha

E-Mail: ha@dezim-institut.de

Über das DeZIM-Institut

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikten, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Das DeZIM-Institut hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. In der DeZIM-Forschungsgemeinschaft verbindet sich das DeZIM-Institut mit sieben anderen Einrichtungen, die in Deutschland zu Migration und Integration forschen. Das DeZIM wird durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert.

Stellungnahme: „Auswirkungen von Migration und Flucht auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen“

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikt, zu gesellschaftlicher Teilhabe und Vielfalt sowie zu Diskriminierung und Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut in Berlin und einem bundesweiten Netzwerk von Forschungseinrichtungen, der DeZIM-Forschungsgemeinschaft.

Das DeZIM-Institut ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung und wird vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert. Es gliedert sich in die drei Forschungsabteilungen Integration, Konsens & Konflikt und Migration. Hinzu kommen das Cluster Daten-Methoden-Monitoring und das Forschungsdatenzentrum DeZIM.fdz, die Fachgruppe Demokratieförderung und demokratische Praxis sowie der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa).

Das DeZIM will die Integrations- und Migrationsforschung in Deutschland stärken und international sichtbarer machen. Dafür arbeitet es mit anderen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammen. Zudem möchte das DeZIM in Politik, Zivilgesellschaft und Medien wirken und dazu beitragen, die Diskurse um Integration, Migration, Diskriminierung und Rassismus zu versachlichen. Es berät Vertreter*innen von Politik, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft zu diesen Themen.

Das DeZIM verfügt über Expertise in der sozialempirischen Forschung zu sozialen Lagen von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland und den daraus resultierenden Themenkomplexen, wie Integration und Bildung, Alter und Migration, Demokratie und Migration sowie Rassismus und Diskriminierung.

Im Folgenden werden zentrale Befunde und Handlungsempfehlungen aus der Forschung des DeZIM zu den Auswirkungen von Migration und Flucht auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen dargelegt. Zentrale Themenkomplexe der Stellungnahme sind Bildung und Chancengerechtigkeit sowie gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie.

1. Einstieg

Wenn über Migration, Flucht und Integration gesprochen wird, stehen oft Strukturen, Institutionen oder Fachkräfte im Vordergrund. Dabei darf die Perspektive der Kinder und Jugendlichen nicht aus dem Blick geraten. Daher ist die Anhörung zu den Auswirkungen von Migration und Flucht auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen von hoher Relevanz.

Etwa 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland haben einen sogenannten Migrationshintergrund – in manchen Städten und Ballungsräumen liegt der Anteil noch deutlich höher. Gleichzeitig gilt: Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen wächst ohne eigene Migrationserfahrungen in der Familie auf. Doch auch sie sind von gesellschaftlicher Diversität geprägt, sei es durch den alltäglichen Kontakt mit Mitschüler*innen mit eigenen Migrationserfahrungen oder in deren Familien oder durch die digitale Vernetzung, die ihnen unmittelbare Einblicke in andere Lebenswelten und Kulturen ermöglicht.

Kindertageseinrichtungen und Schulen sind daher zentrale Orte der postmigrantischen Gesellschaft: Hier treffen unterschiedliche Perspektiven auf Werte, Kultur und Geschichte unmittelbar aufeinander. Bildungseinrichtungen sind damit nicht nur Betreuungs- und Lernorte, sondern auch Räume

gesellschaftlicher Aushandlung, in denen Kinder und Jugendliche Zugehörigkeit, Vielfalt und Demokratie praktisch erfahren.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass viele Kinder und Jugendliche in einer von Diversität geprägten Gesellschaft aufwachsen. Sie erleben Zugehörigkeit und/oder Ausschluss ganz konkret im Alltag – auf dem Schulhof, in der Nachbarschaft oder im Sportverein.

Diese Alltagserfahrungen sind jedoch nicht isoliert zu betrachten, sondern eingebettet in größere gesellschaftliche Entwicklungen. Dazu zählt der demografische Wandel, der nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern auch die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen unmittelbar prägt.

2. Demografischer Wandel und Fachkräftemangel

Aufgrund des demografischen Wandels steht Deutschland vor der großen Herausforderung eines sich zunehmend verschärfenden Fachkräftemangels. Viele Beschäftigte werden in naher Zukunft in Rente gehen und müssen ersetzt werden. Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern: 44 Prozent der Bevölkerung sind bereits heute 55 Jahre oder älter, während nur 22 Prozent jünger als 25 Jahre sind (Bundesagentur für Arbeit 2025). In Städten wie Schwerin ist der alternde Bevölkerungsaufbau besonders sichtbar. Hinzu kommt die Abwanderung junger Menschen in andere Bundesländer. Das Ergebnis ist, dass nicht nur im Pflegebereich, sondern in zahlreichen Branchen Fachkräfte fehlen: Busse und Bahnen fallen aus, Bäckereien und Einkaufsmöglichkeiten verkürzen ihre Öffnungszeiten, und selbst grundlegende Versorgungsstrukturen geraten unter Druck.

Um diesen Entwicklungen entgegenzutreten, ist Zuwanderung notwendig (Fuchs et al. 2021). Ein Blick auf die Altersstruktur der Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Mecklenburg-Vorpommern verdeutlicht: Sie sind im Durchschnitt deutlich jünger. Nur 13 Prozent von ihnen sind 55 Jahre oder älter, 34 Prozent dagegen jünger als 25 Jahre (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2025). Für den Arbeitsmarkt liegt hier ein großes Potenzial zur Abfederung des Fachkräftemangels.

Deutschlandweite Auswertungen belegen zudem, dass Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bereits heute zahlreiche dringend benötigte Stellen in sogenannten Engpassberufen besetzen. Rund 1,3 Millionen von ihnen arbeiten in Bereichen wie Pflege, Gastronomie oder Transport – also genau dort, wo Fachkräfte fehlen. Besonders hoch ist ihr Anteil in beschäftigungsstarken Engpassberufen: 35 Prozent aller Beschäftigten im Gastronomieservice (2023), 31,2 Prozent der Köch*innen sowie 29,7 Prozent der Berufskraftfahrer*innen haben keine deutsche Staatsangehörigkeit (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2025). Auch bei den Auszubildenden zeigt sich ein ähnliches Bild: 34.000 junge Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit begannen im Jahr 2022 eine Ausbildung in einem Engpassberuf, was einem Anteil von 61,2 Prozent entspricht.

Trotz der zunehmenden Diversität der Gesellschaft zeigt sich ein deutliches Missverhältnis in der frühkindlichen Bildung. Migrantische Fachkräfte sind in Kitas weiterhin stark unterrepräsentiert. Während der Anteil von Beschäftigten ohne deutschen Pass im gesamten Arbeitsmarkt bei 14 Prozent liegt, beträgt er in der frühkindlichen Bildung seit Jahren nur etwa 5 Prozent (Fuchs-Rechlin et al. 2024: 20). Ein wesentlicher Grund dafür sind die Hürden bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse: Im Jahr 2023 wurde in nur 40 Prozent der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen im Bereich der frühen Bildung eine vollständige Gleichwertigkeit festgestellt (Statistisches Bundesamt 2024). Eine Sonderauswertung von Mikrozensusdaten im Auftrag des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) zeigt, dass zwischen 2008 und 2023 rund 136.000 pädagogisch qualifizierte Personen mit im Ausland erworbenem Abschluss nach Deutschland zugewandert sind, von denen jedoch lediglich 18,4 Prozent tatsächlich in einer Kita arbeiten (Lokhande 2025: 4). Bürokratische Hürden im

Anerkennungsverfahren, fehlende Nachqualifizierungsangebote und strukturelle Vorbehalte verhindern ihren Einstieg in das Berufsfeld (ebd).

Damit bleiben nicht nur Kompetenzen dringend benötigter Fachkräfte ungenutzt, sondern auch wichtige Impulse für eine diversitätsorientierte Öffnung des Bildungssystems unberücksichtigt. Migrantische Fachkräfte könnten hier sowohl einen entscheidenden Beitrag zur Entschärfung des Fachkräftemangels leisten, als auch gleichzeitig die Qualität der frühkindlichen Bildung nachhaltig stärken – als vertraute Bezugspersonen für Kinder mit Rassismuserfahrungen, als Brückenbauer*innen zu migrantisierten Familien und als Gestalter*innen einer diskriminierungskritischen und diversitätssensiblen pädagogischen Praxis.

Gerade in Schulen, Kitas und in der Jugendhilfe führt der Fachkräftemangel bereits heute zu spürbaren Engpässen – mit negativen Folgen für alle Kinder, besonders jedoch für benachteiligte Kinder, die stärker auf verlässliche Betreuung und individuelle Förderung angewiesen sind. Es wird deutlich: Der Fachkräftemangel ist nicht allein eine ökonomische Herausforderung, sondern besitzt auch eine erhebliche sozialpolitische Dimension. Er wirkt sich unmittelbar auf die Chancen von Kindern und Jugendlichen auf gute Bildung, Betreuung und Teilhabe aus und verschärft bestehende Ungleichheiten.

3. Die postmigrantische Gesellschaft – Anerkennung von Einwanderungsrealitäten

Wenn wir die enge Gegenüberstellung von „Migrant*innen" und „Einheimischen" analytisch hinter uns lassen, wird die Verschiedenartigkeit sichtbar, die unsere Gesellschaft ausmacht: unterschiedliche Herkunftsgeschichten, Sprachen, Religionen, soziale Lagen und Lebensentwürfe. Migration ist folglich nicht nur ein Thema von oder für „die Migrant*innen". Sie prägt die gesamte Gesellschaft. In der sogenannten postmigrantischen Gesellschaft sind alle – ob mit oder ohne eigene Migrationserfahrung – von den Aushandlungen über Zugehörigkeit betroffen.

Aus dieser Vielfalt können neue Perspektiven entstehen, die über alte Schubladen hinausweisen. Zugleich ist es notwendig, sich an gemeinsamen Zielen zu orientieren, die sich demokratischen Prinzipien verpflichtet sehen, wie beispielsweise gerechte Bildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen. Wenn in der Arbeitswelt faire Löhne und sichere Arbeitsbedingungen gelten, profitieren alle Beschäftigten – egal, ob eine Pflegekraft aus Rumänien oder eine Facharbeiterin aus einer deutschen Arbeiterfamilie stammt. Für den Bildungsbereich gilt: Alle Kinder und Jugendlichen profitieren von der Anerkennung der Einwanderungsrealitäten, wenn Migration nicht als Ausnahme, sondern als Bestandteil der deutschen Geschichte anerkannt wird. Bildungspolitik muss sich in der Verantwortung sehen, systematisch strukturelle Barrieren abzubauen, Zugänge zu erleichtern und gerechte Bildungschancen – für alle Kinder und Jugendlichen in all ihren Unterschieden – zu schaffen.

In der postmigrantischen Gesellschaft müssen diese Alltagsrealitäten anerkannt und den Herausforderungen und Potenzialen für eine vielfältige Gesellschaft systematisch begegnet werden. Grundlage hierfür bilden gemeinsame Ziele sowie das Überwinden der Grenzen zwischen „uns" und „den Anderen". Nur so können die Demokratie stabilisiert, der Zusammenhalt gestärkt und eine bessere Zukunftsfähigkeit gewährleistet werden.

Gerade für Kinder und Jugendliche hat dies eine besondere Bedeutung: Sie wachsen in einer Gesellschaft auf, in der Vielfalt zur Normalität geworden ist. In Bildungs- und Jugendeinrichtungen treffen unterschiedliche Sprachen, Kulturen und Perspektiven aufeinander – was einerseits Zugehörigkeitsdebatten auslösen kann, andererseits aber neue Möglichkeiten für eine gemeinsame Gestaltung eröffnet. Zahlreiche Beispiele hierfür sind Jugendprojekte, die Vielfalt bewusst da in den

Mittelpunkt stellen, wo interkulturelle Jugendtreffs und partizipative Projekte jungen Menschen Räume eröffnen, um Demokratie zu erfahren und Diversität als Ressource zu begreifen. An diesen Orten werden Kompetenzen wie Empathie, Konfliktfähigkeit und Perspektivwechsel eingeübt und aufgebaut. Derlei Fähigkeiten werden in Zukunft an Relevanz gewinnen, um präventiv gegen Radikalisierung und Extremismus vorzugehen und dabei nicht zuletzt zur Konfliktprävention und Diversitätssensibilisierung beizutragen. Diese Initiativen zeigen, dass eine postmigrantische Gesellschaft nicht nur eine abstrakte Idee ist, sondern bereits im Alltag von Kindern und Jugendlichen gelebt und erprobt wird.

4. Ungleiche Bildungschancen

Bildungszugänge sind entscheidend für die Teilhabe und Zukunft von jungen Menschen und ihren Familien. Trotz hoher Motivation stoßen Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte dabei jedoch auf vielfältige Hürden. Dazu gehören eingeschränkte Zugänge zu Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kitas, Sprachbarrieren, ein oft erlebtes Machtgefälle in Elterngesprächen sowie Unsicherheiten im Umgang mit dem deutschen Schulsystem insgesamt. Seit 2015 zeigen wissenschaftliche Arbeiten sowie zahlreiche Praxisbeiträge, wie schulische Akteure, Unterrichtsbedingungen, politische Rahmenvorgaben und eine differenzierte Elternarbeit zu besseren Bildungserfahrungen beitragen können (Alhaddad et al. 2021; Juang et al. 2018, 2020; Schachner et al. 2019).

4.1 Frühe Bildung

Bildungserfolg hängt stark von der sozialen und wirtschaftlichen Herkunft ab. Im Jahr 2023 waren eingewanderte Kinder (67,8 Prozent) und Nachkommen von Eingewanderten (52,8 Prozent) unter 18 Jahren deutlich häufiger von mindestens einer Risikolage – wie etwa Armutsgefährdung, geringe Bildung der Eltern oder Arbeitslosigkeit eines Elternteils – betroffen als Gleichaltrige ohne Einwanderungsgeschichte (16 Prozent) (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2025: 86).

Gerade weil er weitreichende Auswirkungen auf den weiteren Bildungsverlauf hat, ist der Zugang zu früher Bildung entscheidend. Empirische Studien belegen, dass Bildungsungleichheiten bereits vor dem Schuleintritt entstehen und sich im Verlauf der Bildungsbiografie verfestigen. Ein frühzeitiger Kitabesuch wirkt bis in die Sekundarstufe hinein: Kinder entwickeln bessere kommunikative und soziale Kompetenzen, die für Bildungserfolg und Berufslaufbahn von zentraler Bedeutung sind (Bach et al. 2018). Insbesondere Kinder aus benachteiligten und migrantischen Familien profitieren von einer früheren Kitateilnahme, erhalten jedoch gleichzeitig seltener Zugang zu diesen Angeboten (Cornelissen et al. 2018).

Trotz des Ausbaus von Kitaplätzen bestehen weiterhin erhebliche Zugangsbarrieren, etwa durch hohe Kosten, fehlende Informationen oder eine intransparente Vergabepraxis. Hinzu kommen Qualitätsdefizite. Hermes et al. (2023) konnten in einer sogenannten Korrespondenzstudie zeigen, dass Bewerbungen mit türkisch gelesenen Namen deutlich häufiger Absagen und seltener Rückmeldungen erhalten als Bewerbungen mit deutsch gelesenen Namen. Dies verdeutlicht, dass neben der sozialen Herkunft auch Diskriminierungserfahrungen den Zugang erschweren. Besonders betroffen sind Kinder in Risikolagen, etwa aufgrund von Armut, sozialer Herkunft oder Flucht- und Migrationserfahrung (Huebner et al. 2023). Das DeZIM Working Paper „‚Und raus bist du!' – Institutioneller Rassismus in der frühen Bildung", das Ende September erschienen ist, zeigt am Beispiel Berlin, wie intransparente Anmeldesysteme, defizitäre Zuschreibungen von Familien mit Migrationsgeschichte sowie mangelnde Professionalität im Umgang mit Mehrsprachigkeit und Diskriminierung die Teilhabe migrantischer Kinder zusätzlich einschränken (Bostancı & Wirth 2025a).

4.2 Schulische Bildung

Neben der frühen Bildung spielt auch die schulische Laufbahn eine zentrale Rolle für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Der Bildungsbericht 2024 zeigt erneut, dass der Bildungserfolg in Deutschland nach wie vor stark vom Elternhaus abhängt. Kinder, die in Risikolagen aufwachsen, haben häufig keinen Zugang zu Netzwerken, die über die Erwerbstätigkeit der Eltern entstehen. Diese Netzwerke eröffnen wichtige Hilfen, Anerkennung oder Kontakte für die Suche nach Praktika, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Auch in der schulischen Bildung setzen sich Ungleichheiten fort: Viele Kinder und Jugendliche mit Migrationserfahrung oder Fluchtgeschichte erleben einen ungleichen Zugang zu Schulplätzen, lange Wartezeiten oder Vorbereitungsklassen, die eine inklusive Beschulung verhindern. Sprachförderung bleibt häufig auf Defizite ausgerichtet, statt Mehrsprachigkeit als Ressource systematisch in den Schulalltag einzubeziehen. Hinzu kommt die ungleiche Ressourcenausstattung von Schulen, die gerade in benachteiligten Stadtteilen die Bildungsungleichheit weiter verfestigt.

4.3 Außerschulische Lernorte

Neben Schulen und Kitas spielen auch Bildungs- und Freizeitangebote außerhalb des Unterrichts eine wichtige Rolle. Sportvereine, Musikschulen oder offene Jugendarbeit sind zentrale Orte sozialer Teilhabe und Integration. Doch auch hier bestehen Barrieren: So können Mitgliedsbeiträge, fehlende Mobilität und Transportmöglichkeiten oder diskriminierende Vereinsstrukturen verhindern, dass Kinder und Jugendliche mit Migrations- oder Armutserfahrung gleichermaßen Zugang erhalten.

5. Strukturelle Diskriminierung junger Menschen mit Fluchterfahrung

Strukturelle Diskriminierung beschreibt weniger individuelle Vorurteile als vielmehr institutionelle Praktiken und politische Rahmenbedingungen, die systematisch ungleiche Chancen hervorbringen.

Studien belegen, dass Diskriminierungserfahrungen bereits im Kindesalter tiefe Spuren hinterlassen können, beispielsweise in Form eines geringeren Selbstwertgefühls oder einer sinkenden Bildungsaspiration. Diskriminierungserfahrungen im Schulalltag – von der Abwertung der Familiensprache bis hin zur systematischen Unterschätzung von Leistungen – prägen Bildungsverläufe negativ (Civitillo et al. 2024; Bonefeld & Dickhäuser 2018)

Gleichzeitig verfügen Kinder und Jugendliche mit Migrationserfahrung über besondere Stärken wie Mehrsprachigkeit, kulturelle Vielseitigkeit und Widerstandsfähigkeit (Resilienz), die in der Bildungspraxis bislang kaum systematisch gefördert werden. Politische Maßnahmen sollten daher konsequent auf die Einbindung der Perspektiven von Kindern und Jugendlichen setzen, sei es durch Befragungen, Jugendparlamente oder Mitwirkungsgremien in Schulen und Kommunen. Nur so kann ein realistisches Bild ihrer Lebenswirklichkeiten und damit die Grundlage für mehr Chancengerechtigkeit entstehen.

5.1 Frühe Bildung

Für junge Menschen mit Fluchterfahrung beginnt dies bereits beim Zugang zur frühkindlichen Bildung: Studien zeigen, dass gerade unter Dreijährige mit zugeschriebenem Migrationshintergrund deutlich seltener in Kitas vertreten sind. Dies ist jedoch nicht auf eine „fehlende Integrationsbereitschaft“ der Eltern zurückzuführen, sondern auf strukturelle Hürden wie Platzmangel, lange Wartelisten und ein intransparentes Vergabeverhalten (Schmitz et al. 2023; Bader & Scholz 2025; Bostanci & Wirth 2025 a,b;

Hogrebe et al. 2021; Huebener et al. 2023; Nebe 2022). Dieser verspätete Zugang verstärkt die ungleichen Startbedingungen und wirkt sich langfristig negativ auf die Bildungslaufbahn aus.

Auch im frühkindlichen Bereich bestehen massive Barrieren. Zwar haben geflüchtete Kinder rechtlich einen Anspruch auf einen Kitaplatz, faktisch bleibt ihnen dieser jedoch häufig verwehrt, weil ein Antrag erst nach der Zeit in der Erstaufnahmeeinrichtung gestellt werden darf. Obwohl diese Unterbringung formal auf sechs Monate begrenzt ist, verweilen viele Familien deutlich länger in Erstaufnahmen – mit der Folge, dass Kinder über längere Zeit von frühkindlicher Bildung ausgeschlossen bleiben (Bostancı & Kunz 2025; Riedel & Meiner-Teubner 2019; Baisch et al. 2017; Lewek & Naber 2017). Damit werden Chancenungleichheiten schon in einer Lebensphase verfestigt, die für den weiteren Bildungsweg entscheidend ist.

5.2 Schulische Bildung

Ferner greifen im Schulsystem strukturelle Barrieren: Neu zugewanderte Schüler*innen werden häufig zunächst in sogenannte Vorbereitungsklassen oder „Willkommensklassen“ eingeschult. Empirische Studien zeigen jedoch, dass diese Sonderklassen oft nicht als Brücke, sondern als Sackgasse wirken. Anstatt zügig in die Regelklasse zu wechseln, bleiben viele Kinder lange in separierten Settings, was sowohl das fachliche Lernen als auch die soziale Integration erschwert (Höckel & Schilling 2022; Winkler & Carwehl 2025). Besonders problematisch ist, dass solche Modelle ungleiche Bildungswege institutionalisieren: Trotz des flächendeckenden Abbaus von Hauptschulen in Deutschland und den Ausbau integrierter Schulformen mit mehreren Bildungsgängen besuchen Jugendliche mit eigener Migrationserfahrung diese Schulform überdurchschnittlich häufig (SVR 2024: 4).

Für geflüchtete Kinder und Jugendliche gestaltet sich der Zugang zur Schule besonders schwer. Die Schulpflicht beginnt in vielen Bundesländern erst nach Abschluss des Asylverfahrens oder nach der Zuweisung in eine Kommune. Zwar sieht die EU-Aufnahmerichtlinie einen Schulzugang spätestens drei Monate nach Antragstellung vor, doch in der Praxis verzögern einige Länder den Schulstart deutlich (Will et al 2022). Studien zeigen zudem, dass der Unterricht in Erstaufnahmeeinrichtungen häufig nicht die gleiche Qualität wie der Unterricht an Regelschulen bietet (UNHCR/UNICEF 2021).

Ein weiterer Aspekt ist die ungleiche Ressourcenausstattung von Schulen. Einrichtungen mit einem besonders hohen Anteil an Schüler*innen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte verfügen empirisch gesehen über weniger qualifiziertes Personal und leiden gleichzeitig unter einer höheren Fluktuation sowie schlechteren baulichen Bedingungen (SVR 2018; UNHCR/UNICEF 2021). Diese ungleiche Ressourcenverteilung führt dazu, dass es gerade dort, wo die Herausforderungen am größten sind, an pädagogischen Möglichkeiten mangelt. Hier wird ein klassischer Mechanismus struktureller Benachteiligung besonders deutlich.

5.3 Übergänge in Ausbildung und Beruf

Die Folgen zeigen sich empirisch anhand der Übergänge in Ausbildung und Beruf: Junge Menschen mit Fluchterfahrung gelangen seltener auf qualifizierte Ausbildungsplätze, da ihre schulischen Zertifikate häufig entwertet, ihre Sprachkompetenzen defizitär bewertet und ihre Potenziale nicht anerkannt werden (Bundesinstitut für Berufsbildung 2024).

Die politische Implikation dieser Erkenntnisse ist: Strukturelle Diskriminierung bedeutet nicht, dass Einzelne „falsch“ handeln, sondern dass Regeln, Verfahren und Routinen dazu führen, dass Chancen ungleich verteilt werden. Wer gleiche Bildungschancen ermöglichen möchte, muss daher systematisch an diesen Strukturen ansetzen: beim frühzeitigen Zugang zu Kitas, bei der Auflösung segregierender Vorbereitungsklassen, bei fairen Schulübergängen und bei der Anerkennung von Kompetenzen. Auf diese

Weise können die belegten Benachteiligungen junger Geflüchteter im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt wirksam abgebaut werden.

6. Gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie

Eng verbunden mit Fragen der Bildung ist die gesellschaftliche Teilhabe. Sie entscheidet darüber, ob Kinder und Jugendliche Anerkennung erfahren und ob sie ihre Potenziale entfalten können. Jugendliche mit Migrations- oder Fluchterfahrung erleben Teilhabeprozesse häufig unmittelbar: beispielsweise, wenn ihre im Herkunftsland erworbenen Schulabschlüsse oder die Qualifikationen ihrer Eltern nicht anerkannt werden oder wenn bürokratische Hürden zu langen Wartezeiten führen. Diese Verzögerungen treffen nicht nur die Eltern, sondern wirken sich auch auf Kinder und Jugendliche aus, wenn fehlendes Fachpersonal in Kitas, Schulen oder Freizeitangeboten direkte Lücken in der Versorgung hinterlassen.

Die Zahl der Neuanträge auf berufliche Anerkennung steigt seit einigen Jahren kontinuierlich. Fast die Hälfte der Verfahren wird positiv mit voller Gleichwertigkeit beschieden, ein weiterer großer Anteil positiv, jedoch mit zusätzlichen Ausgleichsmaßnahmen. Problematisch ist jedoch, dass sich die Verfahren oft über lange Zeiträume erstrecken: Im Jahr 2022 lag der durchschnittliche Zeitraum zwischen Auflage einer Ausgleichsmaßnahme und dem endgültigen Bescheid bei 522 Tagen (Die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration 2025; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2024). Es ist daher dringend notwendig, diese Verfahren zu beschleunigen, digitale Lösungen in allen Bundesländern auszubauen und die zuständigen Stellen personell besser auszustatten. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, eine vorzeitige Arbeitsaufnahme zu ermöglichen, damit das Potenzial hochqualifizierter Fachkräfte nicht über Monate oder Jahre hinweg ungenutzt bleiben muss. Gerade im Bereich der frühen Bildung wirken hohe sprachliche Anforderungen – wie das in Mecklenburg-Vorpommern geforderte Sprachniveau C1 – als zusätzliche Hürde für Fachkräfte aus dem Ausland, die bereits über einschlägige pädagogische Qualifikationen verfügen.

Gesellschaftliche Teilhabe ist jedoch nicht nur eine Frage von Anerkennungsverfahren oder Zugang zum Arbeitsmarkt. Ein zentrales Thema, das über alle Bereiche hinweg von Bedeutung ist, sind demokratische Prinzipien und die Möglichkeit, diese im Alltag zu leben. Demokratie wird nicht nur im Parlament, sondern vor allem in Schulen, Kitas und in der Kinder- und Jugendarbeit gelernt. Gerade für junge Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung ist es daher entscheidend, frühzeitig Mitsprache zu haben – beispielsweise bei der Gestaltung von Unterricht, bei Projekten im Stadtteil oder in kommunalen Jugendparlamenten. Internationale Studien zeigen, dass solche Beteiligungserfahrungen die politische Teilhabe im Erwachsenenalter deutlich stärken.

Für eine postmigrantische Gesellschaft bedeutet dies, Räume zu schaffen, in denen Vielfalt als Normalität anerkannt und als Ressource für Demokratieentwicklung verstanden wird. Dazu gehören partizipative Ansätze in Schulen, diskriminierungskritische Strukturen in Jugendeinrichtungen sowie die Anerkennung und Förderung von Jugendverbänden und -initiativen, die von migrantischen Communitys getragen werden. Demokratie und Beteiligung sind damit keine nachgelagerten Themen, sondern zentrale Voraussetzungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Zukunftsfähigkeit.

7. Handlungsempfehlungen

7.1 Rahmen für das gesellschaftliche Zusammenleben – demokratische Haltung zeigen

Gesellschaftliche Narrative sind nicht nur Erzählungen, sondern setzen einen Rahmen, in dem Ungleichheiten häufig plausibel erscheinen. Diese Narrative führen dazu, dass Menschen als „die Anderen" betrachtet und beschrieben werden. Dies wiederum trägt dazu bei, dass deren schlechtere Chancen in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Bildung oder Gesundheit als Selbstverständlichkeit hingenommen werden. In der Debatte um den sogenannten Integrationsverweigerer wurde beispielsweise diskutiert, ob solche Zuschreibungen schulische Benachteiligungen verstärken.

Zugleich zeigt sich, dass das Aufzeigen eines Rahmens für das gesellschaftliche Zusammenleben wirkt. Wenn Erfahrungen mit gesellschaftlicher Teilhabe sichtbar werden, etwa die Rolle von Migrant*innen in der Pflege oder die Geschichte der Arbeitsmigration als Bestandteil unserer Gesellschaft, verschiebt sich auch das Selbstbild. Das Aufzeigen eines Rahmens für das gesellschaftliche Zusammeneben wirkt jedoch nur, wenn dies mit strukturellen Veränderungen einhergeht. Der FES-Bericht „Miteinander in Vielfalt" betont, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt von gleichen Teilhabechancen abhängt. Das heißt: Politische Partei-Programme müssen Diskriminierung klar adressieren; Medien dürfen abwertende Zuschreibungen nicht normalisieren; der Kulturbereich sollte vielfältige Geschichten sichtbar machen. Erst im Zusammenspiel von Programmatik, Öffentlichkeit und Kultur kann ein inklusiveres Selbstbild entstehen, das von einer demokratischen Haltung geprägt ist und diesen Rahmen für das gesellschaftliche Zusammenleben setzt.

7.2 Frühe Bildung und Schule – Übergänge schaffen

Zentrale Stellschrauben zur Verwirklichung gleicher Bildungschancen befinden sich auf verschiedenen Ebenen. Ein wichtiger Punkt ist die Schulstruktur in Deutschland: Studien zeigen, dass Schulen mit mehreren Bildungsgängen bessere Chancen eröffnen als streng getrennte Schulformen (Wößmann et al. 2024). Hinzu kommt die Notwendigkeit einer transparenten Notenvergabe sowie nachvollziehbarer Empfehlungen für weiterführende Schulen, um Bildungswege gerechter zu gestalten.

Von zentraler Bedeutung ist außerdem die möglichst schnelle Integration geflüchteter Kinder in Regelklassen. Aktuelle Studien aus Deutschland – unter anderem zu Grundschulkindern in Hamburg – belegen, dass der frühe Besuch regulärer Klassen den Bildungserfolg dieser Kinder deutlich steigert. Zwar weisen internationale Studien auch auf leicht negative Effekte für nicht migrierte Schüler*innen hin – vor allem für diejenigen, die bereits vor der Ankunft geflüchteter Kinder schlechtere Leistungen erbracht haben –, insgesamt überwiegen jedoch die positiven Auswirkungen einer frühen gemeinsamen Beschulung (Höckel & Schilling 2022; Morales 2022).

Darüber hinaus können gezielte Informationsveranstaltungen und Workshops zu Kosten, Nutzen und finanziellen Unterstützungsangeboten die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Jugendliche aus nichtakademischen Elternhäusern ein Studium aufnehmen (Bildungsbericht 2024). Auch der Umgang mit Mehrsprachigkeit spielt hier eine entscheidende Rolle. Im deutschen Bildungssystem wird Mehrsprachigkeit jedoch noch immer überwiegend defizitorientiert behandelt und primär als Förderbedarf beim Erlernen der deutschen Sprache verstanden. Forschungsergebnisse zeigen jedoch, dass eine wertschätzende Einbindung der Herkunftssprachen nicht nur die sprachliche Entwicklung, sondern auch das Selbstkonzept und die gesamte Bildungsbiografie positiv beeinflussen (Gogolin et al. 2021; Panagiotopoulou 2016; Poarch & Bialystok 2017). Konzepte wie mehrsprachigkeits- oder herkunftsprachenorientierter Fachunterricht (Fleckenstein et al. 2018) bzw. sogenannte Translanguaging-

Ansätze (García & Wei 2014), bei denen bewusst mehrere Sprachen in den Lernprozess einbezogen werden, gelten daher als wichtige Mittel, um Bildungsungleichheiten abzubauen. Daneben muss die alltagsintegrierte Sprachentwicklung stärker ausgebaut werden. Dafür braucht es eine konsequente Professionalisierung der Fachkräfte im Umgang mit Mehrsprachigkeit (Albers & Bostancı 2025).

Insgesamt gilt: Nicht die Gesellschaft muss sich an das bestehende Schulsystem anpassen – vielmehr hat das Schulsystem den Auftrag, die Gesellschaft in ihrer Vielfalt bestmöglich auszubilden. Das aktuelle DeZIM Working Paper „‚Und raus bist du!' – Institutioneller Rassismus in der frühen Bildung" zeigt am Beispiel Berlin, wie wichtig hierfür transparente Anmeldesysteme, ausreichend qualifiziertes Personal – insbesondere mit Blick auf Mehrsprachigkeit –, Sprachmittlungsangebote sowie diskriminierungskritisches Handeln sind.

Dazu zählt auch die Verbesserung von Personalschlüsseln, die sich stärker an wissenschaftlich empfohlenen pädagogischen Standards orientieren müssen. Defizitorientierte Sichtweisen auf Migration sind konsequent zu hinterfragen, um Potenziale wie Mehrsprachigkeit, transkulturelle Erfahrungen und vielfältige Perspektiven zu fördern. Ergänzend können Maßnahmen wie die gezielte Weiterbildung von Eltern den Übergang in höher qualifizierte Beschäftigung erleichtern und so Bildungsbarrieren für Kinder und Jugendliche abbauen (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2025).

Zugleich wird deutlich: Es gibt bislang wenig Evidenz für die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen. Evaluationen weisen jedoch immer wieder darauf hin, dass insbesondere Eingliederungshilfen kosteneffektiv sind und sich positiv auf die Beschäftigung auswirken (Bonin et al. 2021). Daraus lässt sich ableiten, dass sowohl bei den Familien als auch bei den Institutionen angesetzt werden muss. Engmaschige Betreuung der Bildungsübergänge, Unterstützung in der Berufsschule und der Ausbau von Praktika können dabei besonders wirksam sein.

Um eine gelingende Kooperation zwischen Elternhaus und Bildungseinrichtungen zu fördern, sind verschiedene Maßnahmen sinnvoll:

- **Sprachliche Unterstützung ausbauen:** Der Einsatz von Dolmetscher*innen bei Elternsprechtagen und Informationsveranstaltungen stellt die Verständigung sicher und ermöglicht die Beteiligung aller. Digitale Lösungen können dabei helfen, indem sie Informationen parallel in Herkunftssprachen und auf Deutsch bereitstellen.
- **Niedrigschwellige Informationen bereitstellen:** Informationen über das Schulsystem, Schullaufbahnen oder die Anerkennung von Abschlüssen sollten in einfacher Sprache, mehrsprachig und über verschiedene Kanäle – auch digital und über Peer-Netzwerke – verfügbar sein.
- **Gesprächsatmosphären auf Augenhöhe herstellen:** Elterngespräche dürfen nicht als „Prüfungssituationen" erlebt werden. Eine respektvolle, diskriminierungskritische Gestaltung signalisiert Wertschätzung und schafft Vertrauen.
- **Umgang mit Diskriminierung und Rassismus professionalisieren:** Statt intransparenter Verfahren braucht es verbindliche, unabhängige und kindgerechte Beschwerdestrukturen.
- **Elterncafés anbieten:** Informelle Treffen in Schulen oder Kitas ermöglichen den Austausch in lockerer Atmosphäre, stärken das Vertrauen und erleichtern die Nutzung der Herkunftssprache.
- **Rucksack-Programm (z. B. in MV) nutzen:** Eltern werden aktiv in die Sprachbildung einbezogen, die Bedeutung der Herkunftssprache wird gestärkt, und Familien erhalten konkrete Anregungen für die Sprachförderung zu Hause.

- **Stadtteilmütter einbinden:** Geschulte Multiplikatorinnen aus den Communitys beraten Familien zu Alltags- und Bildungsthemen, bauen Vertrauen auf und wirken als Brücke zwischen Elternhaus und Institution.
- **Elterngremien inklusiver gestalten:** Elternvertretungen sind oft von privilegierteren Gruppen dominiert. Um echte Partizipation zu ermöglichen, sind flexible Formate notwendig (hybride Sitzungen, Kinderbetreuung, einfache Sprache, gezielte Ansprache von Eltern mit Migrationserfahrung). Eine größere Vielfalt in Elternvertretungen stärkt nicht nur die Interessenvertretung, sondern verbessert auch die Diskriminierungssensibilität im Schulsystem.

Zusammenfassend gilt: Eine erfolgreiche Zusammenarbeit gelingt, wenn Eltern als gleichberechtigte Partner*innen ernst genommen und strukturelle Barrieren konsequent abgebaut werden – etwa durch Sprachmittlung, einfache Sprache oder die digitale Aufbereitung von Informationen – und somit Räume für Begegnung und Austausch entstehen. (Landes-)Programme wie das Rucksackprojekt, die Stadtteilmütter oder die Integrationslots*innen zeigen, wie dies praktisch gelingen kann. Ebenso wichtig ist die Stärkung migrantischer Elternverbände, etwa des Bundeselternnetzwerks der Migrantenorganisationen für Bildung und Teilhabe (bbt) und seiner Mitgliedsorganisationen.

7.3 Gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie

Neben Bildung ist die gesellschaftliche Teilhabe ein weiterer zentraler Faktor. Integration darf nicht ausschließlich als Frage staatlicher Fürsorge verstanden werden. Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) zeigen,[1] dass viele Geflüchtete spezifische Beratungsprogramme gar nicht kennen. Die Beratungsstellen sind zwar stark ausgelastet, erreichen aber längst nicht alle Betroffenen. In der Praxis sind es häufig Eigenverantwortung, familiäre Unterstützung und ehrenamtliches Engagement, welche Integration ermöglichen. Das Beispiel der privaten Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine verdeutlicht,[2] dass freiwilliges Engagement dann besonders wirksam wird, wenn der Staat entsprechende Freiräume schafft und unterstützt.

Für Kinder und Jugendliche bedeutet gesellschaftliche Teilhabe in erster Linie die Erfahrung von Anerkennung und Mitsprache. Demokratie wird für sie nicht im Parlament erfahrbar, sondern in Kita, Schule, Jugendarbeit und kommunalen Strukturen. Dort entscheidet sich, ob sie ihre Perspektiven einbringen können und ihre Stimmen gehört werden. Beteiligungserfahrungen in jungen Jahren wirken weit über das Kindesalter hinaus und stärken nachweislich die Bereitschaft zur politischen Teilhabe im Erwachsenenalter. Gerade in einer postmigrantischen Gesellschaft, in der unterschiedliche Zugehörigkeiten und Lebensgeschichten zusammenkommen, ist es von zentraler Bedeutung, diese Beteiligung zu fördern (Bostanci & Kunz 2025).

Einen wichtigen Beitrag leisten hierbei Selbstorganisationen von Menschen, die Diskriminierung erfahren. Sie tragen wesentlich zur politischen Bildung bei, da sie Perspektiven einbringen, die sonst leicht übersehen werden. Werden Geflüchtete und Migrant*innen in verschiedenen Phasen von Projekten der politischen Bildung aktiv einbezogen, können Formate passgenauer gestaltet und die tatsächlichen Bedarfe der Zielgruppen präziser adressiert werden (vgl. Fachgruppe *Vielfalt stärken, Demokratie gestalten*, DeZIM 2023). Ebenso sollte Geflüchteten Unterstützung bei der Aufarbeitung ihrer Fluchterfahrungen geboten werden, da erst dadurch ihre volle gesellschaftliche Partizipation möglich wird.

[1] https://www.rwi-essen.de/fileadmin/user_upload/RWI/Publikationen/Ruhr_Economic_Papers/REP_22_983.pdf

[2] https://www.nature.com/articles/s41562-025-02303-5

Schulen und Jugendeinrichtungen sollten partizipative Ansätze konsequent ausbauen, diskriminierungskritische Strukturen etablieren und Jugendverbände sowie Initiativen stärken, die von migrantischen Communitys getragen werden. Somit würden die in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Kinderrechte konkret umgesetzt. Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe sind folglich keine nachgelagerten Themen, sondern Grundvoraussetzungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

8. Weiterführende Literatur

Albers, T. und Bostancı, S. (2025). Stellungnahme zu Sprachstandserhebungen im Vorschulalter. Universität Paderborn. https://uni-paderborn.sciebo.de/s/yTdKDH84pzywNwN.

Alhaddad, L.; Schachner, M.; Juang, L. und Pertl, N. (2021). Wie kann die Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher in der Schule gefördert werden? Online abrufbar unter https://www.fachnetzflucht.de/wp-content/uploads/2021/07/Alhaddad_Kinder_upload.pdf

Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024). Bildung in Deutschland 2024. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu beruflicher Bildung, Bielefeld: wbv Media GmbH.

Bach, M.; Koebe, J. und Peter, F. H. (2018). Früher Kita-Besuch beeinflusst Persönlichkeitseigenschaften bis ins Jugendalter. DIW Wochenbericht 85 (15), 289–297. https://doi.org/10.18723/DIW_WB:2018-15-1.

Bader, S. und Scholz, A. (2025). De facto-Kategorisierung und Ungleichheit bei der Kita-Platzvergabe in Deutschland: Der Rechtsanspruch auf Frühe Bildung und seine Realität. Zeitschrift für Sozialreform 71 (1), 37–62. https://doi.org/10.1515/zsr-2024-0010.

Baisch, B.; Lüders, K.; Meiner-Teubner, C.; Riedel, B. und Scholz, A. (2017). Flüchtlingskinder in der Kindertagesbetreuung: Ergebnisse der DJI-Kita-Befragung „Flüchtlingskinder“ zu Rahmenbedingungen und Praxis im Frühjahr 2016. München: Deutsches Jugendinstitut (DJI).

Bonefeld, M. und Dickhäuser, O. (2018). (Biased) grading of students’ performance: Students’ names, performance level, and implicit attitudes. Frontiers in Psychology 9 (481). DOI: 10.3389/fpsyg.2018.00481.

Bonin, H.; Boockmann, B.; Brändle, T.; Bredtmann, J.; Brussig, M.; Demir, G.; Kamb, R.; Frings, H.; Glemser, A.; Haas, A.; Höckel, L.-S.; Huber, S.; Kirchmann, A.; Kirsch, J.; Klee, G.; Krause-Pilatus, A.; Kühn, J.; Kugler, P.; Kusche, M.; Maier, A.; Rinne, U.; Rossen, A.; Scheu, T.; Schilling, K.; Teichert, C.; Wapler, R.; Wolf, K. und Zühlke, A. (2021). Begleitevaluation der arbeitsmarktpolitischen Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete. IZA Research Report 123, Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH (IZA).

Bostancı, S. und Kunz, E. (2025). Geflüchtete und rassifizierte Kinder in der frühkindlichen Bildung: Strukturelle Diskriminierung und Wege zur Inklusion. In: Hammerschmidt, P.; Schelle, R.; Stecklina, G. (Hg.): Kindheitspädagogik in Bewegung. Weinheim: Beltz Juventa, 89–108.

Bostancı, S. und Wirth, B. (2025a): „Und raus bist du!“ – Institutioneller Rassismus in der frühen Bildung: Zugangsbarrieren und Teilhabepraktiken in Berliner Kitas. DeZIM Working Papers 8, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

Bostancı, S. und Wirth, B. (2025b): Un/making institutional racism in daycare centers in postmigrant Berlin. Ethnic and Racial Studies, 1–19. DOI: 10.1080/01419870.2025.2544373.

Bundesagentur für Arbeit (2025): Faktencheck zum Arbeitsmarkt, online unter: https://arbeitsmarktmonitor.arbeitsagentur.de/faktencheck/regionalstruktur/karte/515/2023/demographics/, letzter Zugriff: 26.09.2025.

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.) (2024). Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2024. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2024). Bericht zum Anerkennungsgesetz 2023, Berlin.

Civitillo, S.; Mayer, A.-M. und Jugert, P. (2024). A systematic review and meta-analysis of the associations between perceived teacher-based racial–ethnic discrimination and student well-being and academic outcomes. Journal of Educational Psychology, 116 (5), 719–741. https://doi.org/10.1037/edu0000818.

Cornelissen, T.; Dustmann, C.; Raute, A. und Schönberg, U. (2018). Who benefits from universal childcare? Estimating marginal returns to early childcare attendance. Journal of Political Economy, 126 (6), 2356–2409. https://doi.org/10.1086/699979.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration/Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus (2025): Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Ein wissenschaftsbasierter und indikatorengestützter Lagebericht zum Stand der Integration in Deutschland: 14. Integrationsbericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin.

Fleckenstein, J.; Möller, J. und Baumert, J. (2018). Mehrsprachigkeit als Ressource. Z Erziehungswiss 21, (2018), 97–120. https://doi.org/10.1007/s11618-017-0792-9.

Fuchs, J.; Söhnlein, D. und Weber, B. (2021). Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060: Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen. IAB-Kurzbericht Nr. 25, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Fuchs-Rechlin, K.; Rauschenbach, T. und Beher, K. (2024). Fachkräftebarometer Frühe Bildung 2023. Bielefeld: wbv Media GmbH.

García, O., & Wei, L. (2015). Translanguaging, bilingualism, and bilingual education. The handbook of bilingual and multilingual education, 223-240.

Gogolin, I. (2021). Multilingualism: A threat to public education or a resource in public education?European histories and realities. European Educational Research Journal, 20 (3), 297–310.

Hermes, H.; Leretporer, P.; Mierisch, F.; Peter, F. und Wiederhold, S. (2023). Discrimination on the childcare market: A nationwide field experiment. IZA DP (16082), 1–12. https://docs.iza.org/dp16082.pdf.#.

Höckel, L. S. und Schilling, P. (2022). Starting off on the right foot: Language learning classes and the educational success of immigrant children. Ruhr Economic Papers 983. DOI: 10.4419/96973148.

Hogrebe, N.; Mierendorff, J.; Nebe, G. und Schulder, S. (2021). Platzvergabeprozesse in Kindertageseinrichtungen. Aufnahmekriterien aus Sicht pädagogischer Fachkräfte unter Berücksichtigung

der Trägerorganisationen. In: Brockmann, L.; Böttcher, W.; Hack, C. und Pomykaj, A. (Hg.): Soziale Ungleichheit im Sozial- und Bildungswesen: Reproduktion und Legitimierung. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 90–113.

Huebener, M.; Schmitz, S.; Spiess, C. K. und Binger, L. (2023). Frühe Ungleichheiten: Zugang zu Kindertagesbetreuung aus bildungs- und gleichstellungspolitischer Perspektive. FES diskurs, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20728.pdf.

Juang, L. P.; Schachner, M. K.; Pevec, S. und Moffitt, U. (2020). The Identity Project intervention in Germany: Creating a climate for reflection, connection, and adolescent identity development. New Directions for Child and Adolescent Development 173, 2020, 65–82. DOI: 10.1002/cad.20379.

Juang, L. P.; Simpson, J. A.; Lee, R. M.; Rothman, A. J.; Titzmann, P. F.; Schachner, M. K.; . . . Betsch, C. (2018). Using attachment and relational perspectives to understand adaptation and resilience among immigrant and refugee youth. American Psychologist 73, 797–811.

Lewek, M. und Naber, A. (2017). Kindheit im Wartezustand: Studie zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland, Köln: Deutsches Komitee für UNICEF.

Lokhande, M. (2025). Verborgene Potenziale erschließen. Berufseinstieg für internationale Fachkräfte in Kitas und Schulen erleichtern. SVR-Policy Brief 2025-1, Berlin: Sachverständigenrat für Integration und Migration.

Morales, C. (2022). Do refugee students affect the academic achievement of peers? Evidence from a large urban school district. Economics of Education Review 89, 102283.

Nebe, G. (2022). Allowing for segregation in ECEC? Legal conditions, administrative structures and enrolment practice in Germany. Journal of Childhood, Education & Society 3 (2), 177–199. https://doi.org/10.37291/2717638X.202232203.

Panagiotopoulou, Argyro (2016). Mehrsprachigkeit in der Kindheit. Perspektiven für die frühpädagogische Praxis. Eine Expertise der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF). WiFF Expertisen, Bd. 46, München: Deutsches Jugendinstitut. URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-285234; DOI: 10.25656/01:28523.

Poarch, G. J. und Bialystok, E. (2017). Assessing the implications of migrant multilingualism for language education. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 20 (2), 175–191. https://doi.org/10.1007/s11618-017-0739-1.

Riedel, B. und Meiner-Teubner, C. (2019). Angekommen in der Kita? Zugang und Teilhabe schutzsuchender Kinder in Kindertagesbetreuung. Recht der Jugend und des Bildungswesens 67 (2), 142–158.

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) (2024). Ungleiche Bildungschancen: Fakten zur Benachteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem (aktualisierte Fassung), Berlin.

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) (2018). Schule als Sackgasse? Jugendliche Flüchtlinge an segregierten Schulen, Berlin.

Schachner, M.; Schwarzenthal, M.; Van de Vijver, F. J. R. und Noack, P. (2019). How all students can belong and achieve – Effects of the cultural diversity climate amongst students of immigrant and non-immigrant background in Germany. Journal of Educational Psychology 111, 703–716.

Schmitz, S.; Spiess, C. K. & Huebener, M. (2023). Weiterhin Ungleichheiten bei der Kita-Nutzung: Größter ungedeckter Bedarf in grundsätzlich benachteiligten Familien. Bevölkerungsforschung aktuell 44 (2), 3–8.

Statistisches Bundesamt (2024). Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen. Statistischer Bericht, Statistisches Bundesamt, EVAS-Nummer 21231, Wiesbaden.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2025). Ausländische Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern (Ausländerzentralregister) 2024, Statistische Berichte, Schwerin.

United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) & United Nations International Children's Emergency Fund (UNICEF) (2021). Empfehlungen von UNHCR und UNICEF Deutschland zum Bildungszugang asylsuchender Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen, Berlin: UNHCR. https://www.unhcr.org/de/empfehlungen-bildungszugang-asylsuchender-kinder.

Will, G.; Becker, R. und Winkler, O. (2022). Educational policies matter: How schooling strategies influence refugee adolescents' school participation in lower secondary education in Germany. Frontiers in Sociology 7, 842543.

Winkler, O. und Carwehl, A.-K. (2025). Institutional conditions and acquisition of language skills among young refugees: Investigating the German context. Acta Sociologica. DOI: 10.1177/00016993251351531.

9. Input // Stellungnahme: Auswirkungen von Migration und Flucht auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen

Ich spreche heute aus der Perspektive des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung. Wir forschen zu Migration, Integration, Bildung, Demokratie, Teilhabe sowie Rassismus und Diskriminierung.

Wenn über Migration und Flucht gesprochen wird, stehen oft Strukturen und Fachkräfte im Vordergrund. Heute rücken wir die Perspektive der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt – denn ihre Erfahrungen entscheiden, ob gesellschaftliche Vielfalt zur Chance wird.

Kontext: Eine vielfältige Kindheit

Etwa 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland haben einen sogenannten Migrationshintergrund – in manchen Städten und Ballungsräumen liegt der Anteil noch deutlich höher. Gleichzeitig gilt: Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen wächst ohne eigene Migrationserfahrung in der Familie auf. Doch auch sie sind von gesellschaftlicher Diversität geprägt – sei es durch den alltäglichen Kontakt mit Mitschüler*innen aus vielfältigen Herkunftskontexten oder durch die digitale Vernetzung, die ihnen unmittelbare Einblicke in andere Lebenswelten und Kulturen ermöglicht.

Gerade deshalb ist die Schule ein zentraler Ort der postmigrantischen Gesellschaft: Hier treffen unterschiedliche Perspektiven auf Werte, Kultur und Geschichte unmittelbar aufeinander. Schule ist damit nicht nur ein Lernort, sondern auch ein Raum gesellschaftlicher Aushandlung, in dem Kinder und Jugendliche Zugehörigkeit, Vielfalt und Demokratie praktisch erfahren.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Viele Kinder und Jugendliche wachsen in einer Gesellschaft auf, die von Diversität geprägt ist. Sie erleben Zugehörigkeit und Ausschluss ganz konkret im Alltag – auf dem Schulhof, in der Nachbarschaft oder im Sportverein.

Wenn wir die Gegenüberstellung von „Migrant*innen“ und „Einheimischen“ hinter uns lassen, sehen wir die tatsächliche Verschiedenartigkeit: unterschiedliche Herkunftsgeschichten, Sprachen, Religionen, soziale Lagen. Aus dieser Vielfalt entstehen neue Perspektiven: von fairen Arbeitsbedingungen über diskriminierungsfreien Zugang zu Wohnraum bis zu einer Medizin, die Anerkennungshürden für internationale Fachkräfte abbaut. Für Kinder bedeutet das: Vielfalt als Normalität, mit Chancen auf Solidarität und gemeinsames Gestalten.

Demografischer Wandel, Fachkräftemangel – und die Folgen für Kinder

Durch den demografischen Wandel steht Deutschland insgesamt vor der großen Herausforderung, dass viele Beschäftigte in naher Zukunft in Rente gehen und sich der Fachkräftemangel weiter verschärfen wird. Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern: 44 Prozent der Bevölkerung sind bereits heute 55 Jahre oder älter, während nur 22 Prozent jünger als 25 Jahre sind (Dashboard BA). In Städten wie Schwerin ist der alternde Bevölkerungsaufbau besonders sichtbar. Hinzu kommt die Abwanderung junger Menschen in andere Bundesländer. Das Ergebnis ist, dass nicht nur im Pflegebereich, sondern in zahlreichen Branchen Fachkräfte fehlen, und auch in Kitas bleibt Diversität im Personal deutlich zurück.

Trotz der zunehmenden Diversität der Gesellschaft zeigt sich allerdings ein deutliches Missverhältnis in der frühkindlichen Bildung. Migrantische Fachkräfte sind in Kitas weiterhin stark unterrepräsentiert. Während der Anteil von Beschäftigten ohne deutschen Pass im gesamten Arbeitsmarkt bei 14 Prozent liegt, beträgt er in der frühkindlichen Bildung seit Jahren nur etwa 5 Prozent (Fuchs-Rechlin et al. 2024:

20). Ein wesentlicher Grund dafür sind die Hürden bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse: Im Jahr 2023 wurde in nur 40 Prozent der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen im Bereich der frühen Bildung eine vollständige Gleichwertigkeit festgestellt (Statistisches Bundesamt 2023).

Fachkräftemangel trifft Kinder direkt: weniger Betreuung, weniger Förderung, mehr Ungleichheit. Der demografische Wandel verschärft Bildungs- und Teilhabechancen, wenn hier nicht aktiv gegengesteuert wird.

Ungleiche Bildungschancen: früh ansetzen, Übergänge sichern

Zugleich hängt der Bildungserfolg in Deutschland weiterhin stark von der sozialen Lage der Familie ab. Im Jahr 2023 waren eingewanderte Kinder (67,8 %) und ihre Nachkommen (52,8 %) unter 18 Jahren deutlich häufiger von mindestens einer Risikolage betroffen – etwa Armutsgefährdung, geringe Bildung der Eltern oder Arbeitslosigkeit eines Elternteils – als Gleichaltrige ohne Einwanderungsgeschichte (16 %).

Ungleichheiten entstehen schon vor der Einschulung und verfestigen sich. Frühe Kitateilnahme stärkt nachweislich soziale und kommunikative Kompetenzen – gerade bei Kindern aus benachteiligten und migrantischen Familien. Zugänge sind jedoch ungleich verteilt: Gebühren, Information, Vergabepraktiken und Diskriminierung bremsen.
In der Schule setzen sich diese Muster fort: Wartezeiten auf Schulplätze, segregierende Vorbereitungsklassen statt zügiger Integration in Regelklassen, defizitorientierte Sprachförderung und ungleiche Ressourcen in belasteten Stadtteilen. Außerschulische Angebote – Sport, Musik, offene Jugendarbeit – wären starke Integrationsmotoren, sind aber ebenfalls durch Kosten, Wege und Strukturen ungleich zugänglich. Gerade dort, wo die Herausforderungen am größten sind, sind die pädagogischen Möglichkeiten am geringsten.

Kita und Schule können Ungleichheit ausgleichen – wenn Zugänge fair sind, Mehrsprachigkeit als Ressource zählt und Übergänge aktiv begleitet werden.

Strukturelle Diskriminierung erkennen und abbauen

Besonders geflüchtete Kinder und Jugendliche sind besonders vulnerabel für strukturelle Diskriminierung. Für sie gestaltet sich der Zugang zur Schule besonders schwer. Die Schulpflicht beginnt in vielen Bundesländern erst nach Abschluss des Asylverfahrens oder nach der Zuweisung in eine Kommune. Zwar sieht die EU-Aufnahmerichtlinie einen Schulzugang spätestens drei Monate nach Antragstellung vor, in der Praxis verzögern einige Länder den Schulstart jedoch deutlich (Will et al 2022). Studien zeigen zudem, dass der Unterricht in Erstaufnahmeeinrichtungen häufig nicht die gleiche Qualität wie Regelschulen bietet (UNHCR/UNICEF 2021).

Es geht nicht um die „Fehler“ Einzelner, sondern um Routinen und Regeln, die Chancen ungleich verteilen – und strukturelle Diskriminierungen verfestigen: wie ein verspäteter Kita-Zugang, wie lange Phasen in separierten Willkommensklassen, wie unfaire Übergangsempfehlungen oder geringere Ressourcen an Schulen. Diskriminierung im Schulalltag – bis hin zur Abwertung von Familiensprachen – hinterlässt nachweislich Spuren in Selbstbild und Bildungsaspiration.

Wer gleiche Chancen will, muss an die Strukturen: früher Kita-Zugang, zügige Regelklassenintegration, faire Schulübergänge, verlässliche Ressourcen – und Beschwerdewege, die unabhängig und kindgerecht sind.

Gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie

Teilhabe bedeutet Anerkennung und Mitsprache – erlebt im Alltag: in Schule, Jugendarbeit, Kommune. Frühe Beteiligung stärkt politische Teilhabe im Erwachsenenalter. Selbstorganisationen von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen leisten hier einen unverzichtbaren Beitrag zur politischen Bildung; ihre Einbeziehung in Planung und Umsetzung macht Formate passgenauer. Für Geflüchtete braucht es zudem Räume und Unterstützung, um Fluchterfahrungen aufzuarbeiten – erst dann wird Partizipation möglich.

Demokratie wird gelernt, wo Kinder sind. Beteiligung ist keine Kür, sondern Voraussetzung für Zusammenhalt.

Was wirkt? Fünf prioritäre Hebel

1. **Narrative ändern, Strukturen ändern:** Weg von defizitären Zuschreibungen hin zu Beitragsgeschichten – und diese mit strukturellen Reformen unterlegen, wie z.B. Programme gegen Diskriminierung, für mehr mediale Verantwortung, und eine Kultur, die Vielfalt sichtbar macht.

2. **Frühe Bildung öffnen:** Gebührenfreiheit, transparente Platzvergabe, aktive Ansprache; alltagsintegrierte Sprachbildung mit Mehrsprachigkeit als Ressource; Personalschlüssel an pädagogische Standards anpassen; Anerkennung internationaler Abschlüsse beschleunigen und Nachqualifizierung ermöglichen – gerade in Kitas.

3. **Schulische Übergänge fair gestalten:** Schulen mit mehreren Bildungsgängen statt früher Selektion; transparente Noten und Empfehlungen; zügige Integration in Regelklassen statt langer Segregation; Ressourcen dorthin, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

4. **Eltern als Partner*innen gewinnen:** Dolmetschen und einfache Sprache, mehrsprachige digitale Informationen, Gespräche auf Augenhöhe; Elterncafés; Programme wie Rucksackprogramme, Stadtteilmütter/Integrationslots*innen als Brücken; Elterngremien inklusiv und flexibel gestalten.

5. **Beteiligung verankern:** Schüler*innenräte, Jugendparlamente, partizipative Schul- und Quartiersprojekte; diskriminierungskritische Strukturen in Jugendeinrichtungen; Förderung von Jugendverbänden aus migrantischen Communitys.

Fazit

Kinder und Jugendliche wachsen in einer vielfältigen Gesellschaft auf. Ob daraus Chancen werden, entscheidet sich an fairen Zugängen, an starken Übergängen und an echter Beteiligung. Zuwanderung sichert Fachkräfte – aber nur, wenn Anerkennung funktioniert und Vielfalt in den Institutionen ankommt. Das bedeutet: **Strukturen so umbauen, dass jedes Kind – unabhängig von Herkunft und sozialer Lage – gleiche Rechte, gleiche Wege und gleiche Zukunftschancen hat.**